

## Ungarn: Politische Weichenstellungen und kirchliche Selbstkritik

Mit der zweiten, entscheidenden Runde der Parlamentswahlen am 8. April wurden in Ungarn die politischen Weichen gestellt. Klarer Sieger wurde mit 42,74 Prozent der abgegebenen Stimmen und 114 von 176 Direktmandaten das Ungarische Demokratische Forum (MDF) unter der Führung von *József Antall*. Während im ersten Wahlgang am 25. März der Bund Freier Demokraten (SZDSZ) mit 21,38 Prozent der Stimmen nur knapp hinter dem Demokratischen Forum mit 24,71 Prozent rangiert hatte, landete der Bund beim zweiten Wahlgang mit 23,83 Prozent deutlich abgeschlagen auf dem zweiten Platz. Die beiden stärksten Parteien im neuen ungarischen Parlament sind *Neugründungen*, die im Rahmen des Demokratisierungsprozesses der letzten Jahre entstanden. Auf dem dritten Platz im ersten wie im zweiten Wahlgang landete dagegen eine wiedergegründete Traditionspartei: Die Partei der Kleinlandwirte (FGKP) hatte bei den letzten freien Wahlen in Ungarn vor der kommunistischen Machtübernahme die absolute Mehrheit erhalten; jetzt stimmt in beiden Durchgängen jeweils elf Prozent für sie. Erst an vierter Stelle stand sowohl am 25. März wie am 8. April die 1989 als Nachfolgeorganisation der KP von den Reformern um *Imre Pozsgay* und *Miklós Németh* gegründete Ungarische Sozialistische Partei (im ersten Wahlgang knapp elf, im zweiten 8,5 Prozent).

### Parteipolitische Neutralität der Kirchen

Damit blieben die Initiatoren und Protagonisten des bisherigen Systemwandels in Ungarn (vorläufig) auf der Strecke. Offenbar wurde auch die Ungarische Sozialistische Partei, die nur einen bescheidenen Teil der ehemaligen KP-Mitglieder zu sich herüberzie-

hen konnte, noch weithin mit dem kommunistischen System identifiziert, von dem sich die Wähler jetzt eindeutig absetzten. Bezeichnenderweise erreichte der bisherige Ministerpräsident *Németh* im ersten Wahlgang ein Direktmandat in seiner nordungarischen Heimat; er hatte vor der Wahl erklärt, er sei eigentlich nie Kommunist gewesen. Die ungarischen Wähler (von den Wahlberechtigten gaben beim ersten Wahlgang allerdings nur knapp zwei Drittel, beim zweiten dann sogar nur noch vierzig Prozent ihre Stimme ab) entschieden sich mit großer Mehrheit einerseits für konservative, andererseits für liberale Gruppierungen. Das Demokratische Forum mit seiner betont nationalen Ausrichtung konnte wohl auch von den Problemen der ungarischen Minderheiten vor allem in Rumänien (die Ausschreitungen gegen Angehörige der ungarischen Bevölkerungsgruppe in Tirgu Mureş fielen in den Wahlkampf), teilweise aber auch in der Südslowakei profitieren, die in Ungarn mit großer Anteilnahme verfolgt werden.

Zum konservativ-nationalen Lager ist auch die *Christlich-Demokratische Volkspartei* (KNDP) zu zählen, die beim ersten Wahlgang 6,5 und beim zweiten 5,4 Prozent der Stimmen erhielt. Sie versteht sich selbst als „Partei des gläubigen Menschen“ und ist katholisch geprägt. Einen christlich-demokratischen Flügel gibt es neben einem bürgerlich-liberalen und einem nationalen auch im Demokratischen Forum, und die Berufung auf die christliche Tradition spielt auch bei den Kleinlandwirten eine Rolle.

Die ungarischen Kirchen hatten keine offiziellen Wahlempfehlungen gegeben. Der Synodalvorstand der zweitgrößten Kirche des Landes, der *Reformierten Kirche*, hatte in einem Schreiben an die Gemeinden erklärt, man halte jedes Kirchenmitglied für mün-

dig genug, über die Wahl von Vertretern seiner Interessen zu entscheiden. Jedes Gemeindemitglied habe das Recht, sich nach eigener Überzeugung und seinem eigenen Gewissen einer politischen Partei anzuschließen oder auch keine der Parteien zu unterstützen. Die Pfarrer sollten weder von der Kanzel noch bei Gemeindeversammlungen parteipolitisch Stellung nehmen. Den Pfarrern wurde in dem Schreiben außerdem empfohlen, bei den Wahlen nicht zu kandidieren; andernfalls müssten sie auf die Ausübung ihres Amtes verzichten. Pfarrer müssten aufgrund ihres Amtes gegenüber allen Menschen ungeachtet ihrer politischen Überzeugung offen sein.

### Vergangenheitsbewältigung noch nicht abgeschlossen

Die *katholischen Bischöfe Ungarns* veröffentlichten Anfang Februar eine Erklärung zur Beteiligung der Christen am politisch-gesellschaftlichen Leben. Darin wurden die Katholiken aufgerufen, sich verantwortungsbewußt zu engagieren und die moralischen und religiösen Werte in Politik und Gesellschaft zu bezeugen. Die Bischöfe forderten die Gläubigen auf, sich in Parteien zu engagieren, die in ihrer Programmatik mit dem Glauben vereinbar seien. Priester sollten nicht für Parlamentsmandate kandidieren. Kurz vor der Veröffentlichung der Erklärung hatte Ungarns Primas, Kardinal *László Paskai*, bei einer Begegnung von Kirchenvertretern mit dem damals noch bestehenden „Runden Tisch“, an die Parteien appelliert, von einer Vereinnahmung der Kirchen für parteipolitische Zwecke Abstand zu nehmen. Die Kirchen Ungarns wünschten keine parteipolitische Bindung, stünden aber auch nicht in Konfrontation zu irgendeiner Partei. Die Kirchen seien bereit, im gemeinsamen Bemühen mit den politischen Kräften in Ungarn ihren Dienst in einer pluralistischen Gesellschaft auf der Grundlage der Religionsfreiheit zu leisten.

Das neue *Religionsgesetz*, das das Grundrecht auf Religionsfreiheit fest schreibt und den Kirchen das Recht

zur Betätigung im sozialen und kulturellen Bereich garantiert, wurde noch vom alten, von der alten USAP bzw. der Ungarischen Sozialistischen Partei dominierten Parlament verabschiedet (vgl. HK, März 1990, 101 f.). Doch auch abgesehen vom veränderten gesetzlichen Rahmen sind auch die gesellschaftlichen Bedingungen in Ungarn für die Kirchen nicht ungünstig. Das ideologische Vakuum nach dem Ende des verordneten Marxismus macht sich bemerkbar, angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage und ihren psychischen und sozialen Auswirkungen werden die Kirchen zumindest als Förderer und Garanten der unverzichtbaren moralischen Werte geschätzt. Der lutherische Bischof *Béla Harmati* sprach gar von einem „Hunger nach Transzendenz“, der den demokratischen Aufbruch im Land begleite und verwies darauf, daß sich zunehmend Erwachsene taufen ließen.

Alle christlichen Kirchen Ungarns sind allerdings derzeit noch sehr mit *Vergangenheitsbewältigung* beschäftigt. Der Sekretär der ungarischen Bischofskonferenz, Weihbischof *Asztrik Várszegi*, schrieb in einem Beitrag für die katholische Wochenzeitung „Uj Ember“, die katholische Kirche müsse sich für Fehlverhalten in den vergangenen Jahren entschuldigen. Die Kirchenleitung solle die von ihr „unrechtmäßig behandelten“ Priester und Laien möglichst bald um Entschuldigung bitten. Zugleich müsse vielen dafür gedankt werden, daß sie trotz politischer Diskriminierung und Verfolgung ihrem Glauben treu geblieben seien. Der Entschuldigungsbedarf, von dem Bischof *Várszegi* sprach, betrifft nicht zuletzt Mitglieder kirchlicher Basisgemeinschaften, die von der Hierarchie vielfach gemaßregelt wurden. Die Basisgemeinschaften des umstrittenen Piaristenpaters *György Bulányi* traten im Februar mit einem „Erneuerungsforum“ in Budapest an die Öffentlichkeit: Auch hier wurde an die Bischofskonferenz appelliert, jene, die in der Vergangenheit wegen ihres Glaubens gelitten hätten und vom Episkopat gegenüber dem Staat nicht verteidigt worden seien, öffentlich um Verzeihung zu bitten.

## Lutherische Pfarrer rehabilitiert

Pater *Bulányi* beklagte bei einem Besuch in Wien im Januar, in der Kirche hätten zahlreiche Personen, die sich durch Kollaboration mit dem früheren Regime diskreditiert hätten, ihre Positionen beibehalten. Die Kirche Ungarns brauche aber eine tiefgreifende Erneuerung. Vorsichtiger äußerte sich bei einem Vortrag in Wien Anfang April der Chefredakteur von „Uj Ember“ sowie der Monatszeitschrift „Vigilia“ Pater *László Lukács* (er gehört wie Pater *Bulányi* dem Piaristenorden an): Es sei heute unmöglich, klar zwischen Kompromittierten und Nicht-Kompromittierten in der Kirche zu unterscheiden. Man müsse vielmehr von einer „bunten Palette“ mehr oder weniger regierungstreuer Geistlicher sprechen. Das große Vertrauen der Bevölkerung in die Kirche (Pater *Lukács* meinte, Christsein sei in Ungarn fast zum Modewort geworden) könne verlorengehen, wenn die Kirche weiterhin von Uneinigkeit geprägt sei und nicht der Geist der Versöhnung in ihr herrsche.

Auch die *evangelischen Kirchen Ungarns* sind dabei, mit ihrer teilweise recht unrühmlichen Vergangenheit unter dem kommunistischen Regime

ins Reine zu kommen. Besonders die *lutherische Kirche* hat schon einiges unternommen, um früheres Unrecht wiedergutzumachen. So wurden etliche Pfarrer rehabilitiert, gegen die früher auf staatlichen Druck kirchliche Disziplinarverfahren durchgeführt und die in der Folge aus dem Dienst entfernt wurden. So konnte der lutherische Pfarrer *György Kendeh* im vergangenen Oktober erstmals nach 28 Jahren wieder in seiner Gemeinde in Kelenföld predigen. Rehabilitiert wurde auch Pfarrer *Zoltán Doka*, der im Umkreis der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Budapest 1984 (vgl. HK, September 1984, 405 ff.) schwere Vorwürfe gegen den damaligen Bischof *Zoltán Káldy* wegen seiner Staatsbürgerschaft gerichtet hatte. Der Staatskirchenvertrag mit der Lutherischen Kirche vom 16. 12. 1948 wurde am 19. März dieses Jahres von der ungarischen Regierung und der Kirche einvernehmlich aufgelöst. Auch in der Leitung der Reformierten Kirche hat die personelle Erneuerung begonnen: Anfang letzten Jahres wurde in einer Kampfabstimmung *Elemér Kocsis* zum neuen Leitenden Bischof gewählt; Gegenkandidat war der bisherige Amtsinhaber *Károly Tóth*, ein Vertreter der „alten“ Linie der Anpassung an das inzwischen beseitigte Regime.

U. R.

## US-Bischöfe: Zweiter Entwurf des Frauenhirtenbriefs

Zwei Jahre nach der Veröffentlichung der ersten Fassung des sogenannten Frauenhirtenbriefs der US-Bischöfe (vgl. HK, Juni 1988, 267 ff.) liegt inzwischen der überarbeitete Entwurf vor (Wortlaut in: *Origins*, 5. 4. 90, S. 717 ff.) – die Diskussion über dieses jüngste große Hirtenbriefprojekt der US-Bischöfe ist damit voraussichtlich in ihre *abschließende und entscheidende Phase* getreten. Auf seiner Sitzung vom 20. bis 22. März beriet der Geschäftsführende Ausschuß der US-Bischofskonferenz die neue Fassung und setzte

den Hirtenbrief zur Beratung und Verabschiedung auf die Tagesordnung der Herbstvollversammlung im November. Die Veröffentlichung des Entwurfs erfolgte am 3. April. Bis zum 1. September haben die US-Bischöfe nunmehr Gelegenheit, Änderungsvorschläge einzubringen, die bei der Erarbeitung des dritten, im November zu beratenden Entwurfs noch berücksichtigt werden sollen.

Der vergleichsweise große *zeitliche Abstand* zwischen der Veröffentlichung des ersten und des zweiten Ent-